



Personen – Fakten - Trends

Dramatischer Appell an UN-Sicherheitsrat

In einem dramatischen Appell zur Beendigung des Blutvergießens in Syrien hat sich Ende Oktober der Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen, Stephen O´Brian, an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates gewandt und sie angesichts der humanitären Katastrophe im Nahen Osten zu schnellem Handeln aufgefordert.

Die bisherige Passivität des Sicherheitsrates im Umgang mit dem Massensterben im syrischen Bürgerkrieg, so der Brite in seiner Rede, erfülle ihn mit unbändiger Wut. Wörtlich sagte er: "Ich nehme Sie heute Nachmittag mit auf einen Abstecher in den Osten von Aleppo. In ein tiefes Kellerloch, aneinandergedrängt mit ihren Kindern und Großeltern. Der Gestank von Urin und Erbrochenem, Ergebnis unbändiger Angst, setzt sich in Ihrer Nase fest. Sie warten auf die bunkerbrechende Bombe, die Sie hier drin töten wird, in Ihrem letzten Unterschlupf, ähnlich dem Ihres Nachbarn, der gestern Nacht darin getötet wurde."

O´Brian mahnte: „Diese Menschen sind wie Sie und ich - mit dem Unterschied, dass sie nicht um einen Tisch in New York herumsitzen, sondern verzweifelt mitansehen müssen, wie ihre Zukunft ausgelöscht wird". Falls der Sicherheitsrat weiterhin nicht handle, so O´Brian, "wird es kein syrisches Volk und kein Syrien mehr geben, das Sie retten können. Das wäre dann das Erbe dieses Sicherheitsrates, eine Schande für unsere Generation."

Witali Tschurkin, der UN-Botschafter Russlands, das durch sein Veto ein Ende des syrischen Bürgerkrieges seit Monaten verhindert, bezeichnete die Ausführungen des Briten als "unfair und unwahr" und erklärte: "Wenn ich mir eine Predigt anhören will, dann gehe ich in die Kirche!"

Sternberg für Lockerung des Zölibats

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) fordert von der Amtskirche Konsequenzen aus dem dramatischen Rückgang der Zahl der Priesterweihen in Deutschland. ZdK-Präsident Thomas Sternberg stellte in der "Augsburger Allgemeinen" (29.08.2016) dabei auch den Pflichtzölibat für katholische Priester infrage: "Wenn es nicht mehr anders geht, dass wir personell in der Seelsorge ausbluten, und wenn es so ist, dass der Zölibat ein Hindernis darstellt, dann muss er, weil weniger wichtig, gelockert werden", sagte der nordrhein-westfälische CDU-Landtagsabgeordnete.

"Wir haben jetzt schon sehr gute und engagierte Diakone – das sind verheiratete Männer. Warum in aller Welt sollen sie nicht zu Priestern geweiht werden?", fügte Sternberg hinzu. "Das könnte schnell und zügig entschieden werden." Sternberg verwies darauf, dass sich im vergangenen Jahr in ganz Deutschland nur 58 Männer zu katholischen Priestern weihen ließen. "Schon jetzt fehlen jüngere Pfarrer, um Pfarreien zu besetzen, zugleich haben die heutigen Priester einen sehr hohen Altersschnitt", warnte er. "Die Situation wird sich künftig also in drastischer Weise verschärfen."

Der Chef der katholischen Laienorganisationen kritisierte, dass die einzige Antwort der Kirche die Zusammenlegung von Pfarreien und der Einsatz ausländischer Priester sei. "Wenn unsere Kirche Bestand haben soll in Deutschland, dann geht das nicht über XXL-Pfarreien", betonte Sternberg. Er habe rein gar nichts gegen den Einsatz ausländischer Pfarrer, "allerdings kann man nicht alle Pfarreien einfach mit Import-Priestern ausstatten, das ist auf Dauer keine Lösung für den Priestermangel in Deutschland."

Zudem forderte Sternberg die Einführung des Diakonats der Frau. "Ich weiß nicht, warum das für einige ein offenbar wichtiger Streitpunkt ist", betonte der ZdK-Präsident. "Wir müssen ohnehin eine ganz andere Präsenz von Frauen auch in den seelsorgerlichen Diensten anstreben." Pastoralreferentinnen müssten auch die sakramentalen Funktionen übernehmen

können, die mit ihrer Seelsorgetätigkeit verbunden sind. "Ich denke da vor allem an die Krankensalbung."

Protest gegen UNESCO-Resolution

Zusammen mit der Gemeinschaft Sant´Egidio hat die Leitung der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien vor zunehmenden „judenfeindlichen Tendenzen“ gewarnt. Wer Auschwitz als Zeitindex ernstnehme, so die Stellungnahme, könne nicht gleichgültig bleiben, wenn Juden in ihrem Selbstverständnis irritiert oder verletzt werden. Aus diesem Grund müsse die jüngste UNESCO-Resolution über den Tempelberg in Jerusalem als hochproblematisch, ja inakzeptabel zurückgewiesen werden. In der Resolution werde der Tempelberg nämlich ausschließlich mit dem muslimischen Namen „Haram-esch-Scharif“ (edles Heiligtum) bezeichnet, die jüdischen Namen „Har ha-Bayit“ (Tempelberg) oder Har ha-Miqdash“ (Berg des Heiligen) aber würden gezielt ausgelassen.

Die enge Beziehung zwischen Jerusalem und dem Judentum, die in einer facettenreichen Geschichte vom salomonischen über den herodianischen Tempel bis in die Gegenwart reiche, werde ausgeblendet. „Dies ist ein Akt fahrlässiger Geschichtsvergessenheit“, heißt es in der Protestnote aus Wien. Er provoziere Irritationen und schüre Konflikte statt dazu beizutragen, dass Jerusalem als „Stadt des Friedens“ ein Ort sein kann, an dem Juden, Christen und Muslime friedlich miteinander leben und die heiligen Stätten aufsuchen können.

Verschärftes Kirchenrecht gegen fahrlässige Bischöfe

Die katholischen Bischöfe sind im Kampf gegen sexuellen Missbrauch nach Aussage des deutschen Jesuiten Hans Zollner in den vergangenen Monaten "aktiver geworden". Seit Papst Franziskus das Kirchenrecht im Juni verschärft habe, würden Verdachtsfälle von den Bischöfen rascher an den Vatikan gemeldet, sagte der Leiter des Kinderschutzzentrums der Päpstlichen Universität Gregoriana gegenüber "Kathpress" in Rom. Denn immerhin, so der der päpstlichen Kinderschutzkommission angehörende Psychologie-Professor, müssten jetzt fahrlässig handelnde Bischöfe im Extremfall mit Amtsenthebung rechnen.

Wie die neuen kirchenrechtlichen Vorgaben in der Praxis angewandt würden, sei bislang noch nicht geklärt, sagte Zollner. Die vier für Bischöfe zuständigen Behörden im Vatikan erarbeiteten derzeit unabhängig voneinander Kriterien.

Das Fortbestehen der päpstlichen Kinderschutzkommission ist indes noch ungewiss. Es werde aber vermutlich auch weiterhin eine Einrichtung geben, die sich auf Weltebene mit Fragen des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche beschäftigt, sagte Zollner im "Kathpress"-Interview. Derzeit sei jedoch noch offen, in welcher Form dies geschehen werde, so das Mitglied der Kommission. Papst Franziskus hatte die Kinderschutzkommission 2014 für zunächst drei Jahre eingerichtet. Diese Probezeit läuft Ende 2017 aus (vgl. dazu das Interview mit Peter Saunders in dieser Ausgabe).

Die "Päpstliche Kommission für den Schutz von Minderjährigen" setzt sich aus 17 Psychotherapeuten, Sozialarbeitern, Missbrauchsoptionen, Theologen und Juristen zusammen. Vorsitzender ist Kardinal Sean Patrick O'Malley aus Boston.

Marx fordert Mäßigung in der Flüchtlings-Debatte

Mehr „Mäßigung in der öffentlichen Flüchtlings-Debatte“ hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, gefordert. Die aktuelle Diskussion werde in einem Ton geführt, der nicht hilfreich sei und letztlich konstruktive Lösungen verhindere. Er sei „erschrocken und verärgert“ über Äußerungen, in denen es nur um die Frage gehe, wie Deutschland Flüchtlinge loswerden könne.

Der Münchner Erzbischof distanzierte sich in seinem Statement ausdrücklich von Sprache und Forderungen der CSU im allgemeinen und von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer im Besonderen. Der hatte vor kurzem erklärt: „Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese. Der ist drei Jahre hier – als Wirtschaftsflüchtling, den kriegen wir nie wieder los.“ Marx wörtlich: „Wir werden uns die Solidarität, die es in der deutschen Gesellschaft gibt, nicht kaputtreden lassen“. Es sei im vergangenen Jahr bei der Flüchtlingsbetreuung viel geleistet worden. Marx äußerte sich zum Auftakt der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda.

Neuer Generaloberer der Jesuiten

Der größte Männerorden der katholischen Kirche wird künftig erstmals in seiner knapp 500-jährigen Geschichte von einem Nichteuropäer geleitet: Das Generalkapitel der Jesuiten wählte vergangenen Oktober in Rom den Venezolaner P. Arturo Sosa Abascal zum 31. Generaloberen des Ordens. Sosa folgt auf den Spanier P. Adolfo Nicolas Pachon, der aus gesundheitlichen Gründen vom „Amt auf Lebenszeit“ zurückgetreten war.

Der 68-jährige Venezuelaner wurde 1948 in Caracas geboren. Er trat 1966 in den Jesuitenorden ein und wurde 1977 zum Priester geweiht. Sosa studierte Philosophie und Politikwissenschaft in Caracas und Theologie an der römischen Gregoriana. Bis 1996 koordinierte er das Sozialapostolat des Ordens in Venezuela sowie ein dortiges Studienzentrum der Jesuiten. Von 1996 bis 2004 leitete er die Jesuitenprovinz Venezuela und war 2008 bis 2011 Generalrat der Gesellschaft Jesu. Zuletzt war er Chef des Internationalen Hauses der Jesuiten in Rom sowie der dort angesiedelten Werke des Ordens. Sosa machte sich in seiner politikwissenschaftlichen Forschungsarbeit einen Namen und publizierte u.a. über die Geschichte und Politik Venezuelas. 2004 war er Gastprofessor für Lateinamerika-Studien an der Georgetown University.

Der Jesuitenorden hat derzeit weltweit rund 16.400 Mitglieder. Er unterhält in allen Erdteilen Universitäten und Schulen und ist durch seinen seit Jahrzehnten existierenden Flüchtlingsdienst weltweit an allen wichtigen sozialen Brennpunkten präsent.

Zusätzlich zu den drei klassischen Ordensgelübden Armut, Ehelosigkeit und Gehorsam versprechen Jesuiten, dass sie sich vom Papst in die Pflicht nehmen lassen. Gegründet wurde der Orden 1534 vom heiligen Ignatius von Loyola, einem Basken. Vor 50 Jahren gab es noch 36.000 Jesuiten, doppelt so viele wie heute.

Vatikan: Mutige Weichenstellung

Papst Franziskus hat das römische "Institut Johannes Paul II. für Studien zu Ehe und Familie" zu einer Neuorientierung aufgerufen. Die an der Lateran-Universität angesiedelte Einrichtung, die als Denkfabrik der traditionellen kirchlichen Morallehre gilt, müsse "die nötige Öffnung des Glaubens für die seelsorgerische Aufgabe des Nachfolgers Petri unterstützen", sagte der Papst in einer Audienz anlässlich der Eröffnung des Studienjahres. Eine theologische Lehre, die sich nicht am Ziel der Glaubensverkündigung und der Seelsorge der Kirche orientiere, sei ebenso undenkbar wie eine Seelsorge, die den Schatz der Offenbarung und der Tradition nicht würdige, so der Papst weiter. Es gehe darum, auf Ebene der Lehre und der Seelsorge die Wahrheit und Schönheit des Schöpfungsplans Gottes für die heutige Zeit zu lesen und zu interpretieren. Anlass der Audienz war die Eröffnung des Akademischen Jahres. Dass der Papst persönlich eine Ansprache dazu hält, ist sehr ungewöhnlich.

Im Umfeld der zweitägigen Bischofssynode über Ehe und Familie (2014/15), zu welcher kein einziger Vertreter des konservativen Think-Tanks eingeladen worden war, hatten sich prominente Mitglieder des Instituts wiederholt ablehnend über Veränderungen oder Weiterentwicklungen der kirchlichen Morallehre geäußert.

Im August hatte der Papst den vormaligen Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Familie, Erzbischof Vincenzo Paglia zum neuen Großkanzler des Instituts ernannt. Beobachter

deuteten diese Ernennung als weiteren mutigen Schritt des Papstes für neue Weichenstellungen innerhalb der Kurie.

Das 1981 von Johannes Paul II. (1978-2005) gegründete Institut hat neben seinem Hauptsitz in Rom weltweit 11 einflussreiche Niederlassungen.

Solidarität mit Erzbischof Schick

Der aus AfD-Kreisen mit dem Tod bedrohte Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat in einer bundesweit einmaligen Erklärung Rückendeckung seitens der Stadt Bamberg erhalten. Durch die Hasstiraden der Partei und ihrer Sympathisanten werde nicht nur der Erzbischof, "sondern auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung angegriffen", heißt es in einer Stellungnahme des Bamberger Oberbürgermeisters Andreas Starke (SPD) und weiterer Vertreter der Stadtverwaltung.

Sie forderten zugleich strafrechtliche Konsequenzen für die Urheber der Attacken.

Schick war auf der Facebook-Seite der rechtspopulistischen AfD mit Hassbotschaften bis hin zu Mordaufrufen überzogen worden. Unter anderem war dort von "Pfaffengesindel" die Rede, das liquidiert werden müsse. Hintergrund sind Äußerungen des Erzbischofs über einen möglichen islamischen Bundespräsidenten. Er hatte gesagt, ein Muslim als Staatsoberhaupt sei grundsätzlich denkbar, allerdings sehe er dafür gegenwärtig keine gesellschaftliche Mehrheit.

In der Erklärung der Stadtverwaltung heißt es, Schick habe "die Verfassungslage unseres Grundgesetzes wiedergegeben, nicht mehr und nicht weniger".

Zelevation "ad orientem"?

In einer umstrittenen Erklärung hat der Präfekt der Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung, Kardinal Robert Sarah, während einer Vortragsreise in England gefordert, den „ideologisch motivierten Streit um mögliche Formen der Liturgie“ beizulegen, da dieser „vom Teufel“ sei.

Kardinal Sarah empfahl allen Priestern, im Rahmen einer „Reform der Reform“ künftig wieder „ad orientem“ die Messe zu feiern, d.h. Richtung Kirchen-Apsis bzw. Richtung Tabernakel. Nach einem Bericht der englischen Kirchenzeitung „Catholic Herald“ habe der aus Guinea/Westafrika stammende Kurienveteran bei seinen Ausführungen den Eindruck erweckt, mit seinem Vorstoß im Auftrag von Papst Franziskus zu handeln.

Über das vatikanische Presseamt ließ Papst Franziskus dem Präfekten in einer Verlautbarung lapidar mitteilen, dass der unter Papst Paul VI. eingeführte neue Messritus weiterhin volle Gültigkeit habe und kein Priester zur Zelevation „ad orientem“ verpflichtet sei.

Kolumbien: Friedensnobelpreis für Präsident Santos

Für seine unermüdlichen Bemühungen um eine dauerhafte, historische Aussöhnung mit den FARC-Rebellen ist der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos mit dem diesjährigen Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden.

Santos hatte seit Beginn seiner Amtszeit im August 2010 keinen Zweifel daran gelassen, dass er sich für einen Friedensschluss in dem seit 50 Jahren geführten blutigen Bürgerkrieg zwischen den revolutionären FARC-Streitkräften auf der einen und dem Interessenbündnis von Regierungstruppen und Großfarmer-Milizen auf der anderen Seite einsetzen werde. Mehr als 220.000 Menschen waren während des Konflikts zu Tode gekommen. Wenigstens 3 Millionen Kolumbianer mussten aus ihren angestammten Heimatprovinzen flüchten.

Einen vorläufigen Rückschlag erlitt der Friedensprozess, in welchem der Vatikan eine wichtige Mittlerrolle spielte, als die Kolumbianer Anfang Oktober 2016 per Referendum mit einer hauchdünnen Mehrheit von nur 50,23 Prozent gegen eine Einigung mit der FARC stimmten. Präsident Santos erklärte, dass der Friedensschluss weiterhin oberstes Verhandlungsziel sei.

Wien: Richtungweisendes Gender-Symposion

Im Rahmen eines Gender-Symposiums, das im September 2016 in Wien stattfand, hat sich der österreichische Theologe und Ethiker Gunter Prüller-Jagenteufel entschieden gegen den Vorwurf gewandt, das kritische Hinterfragen von Geschlechterrollenvorgaben sei mit einem ideologisch motivierten Angriff auf christlich-abendländische Werte und Institutionen gleichzusetzen. Der in kirchlichen Kreisen weit verbreitete „Anti-Genderismus“, so der Wissenschaftler, unterstelle der Gender-Bewegung „marxistische Absichten der Gleichmacherei“, bei der es einzig und allein darum gehe, das Geschlecht als ein „bloß soziales Konstrukt“ zu definieren, heterosexuelle Paarbeziehungen aufzulösen und die traditionelle Familie zu zerstören.

Das Wiener Symposion mit katholischen und protestantischen Vortragenden aus dem deutschsprachigen und osteuropäischen Raum sowie aus den Niederlanden und den USA, fand im Rahmen eines auf drei Jahre anberaumten weltweiten Forschungsprojektes statt, das zu einer effektiven Gleichberechtigung unter den Geschlechtern beitragen möchte.

Trauer um Jörg Zink

Am 8. September 2016 starb in Stuttgart Jörg Zink, einer der angesehensten evangelischen Buch- und Fernsehautoren der jüngeren Gegenwart. Der Theologe und Publizist galt weit über seine eigene Glaubensgemeinschaft hinaus als leidenschaftlicher und kompetenter Interpret der Bibel. Zink, der 93 Jahre alt wurde, ging in seinen famosen Kirchentagsreden sowie in dem von ihm immer wieder gesprochenen „Wort zum Sonntag“ oft den Ursachen menschlicher Zerwürfnisse nach. Wie kaum ein anderer Seelsorger schaute er den Menschen in die Seele und spendete Trost. Er vermittelte unermüdlich zwischen den ökumenischen Fronten. Er heilte Wunden, die jüdische und palästinensische Freunde in Nahost einander schlugen. Er war für Tausende von Flüchtlingen, die er im Namen seiner Kirche betreute, ein stets ansprechbarer Helfer in der Not, und gehörte als evangelischer Bundespäses für Jugendliche zu den beliebtesten kirchlichen Ansprechpartnern für junge Menschen.

Der streitbare Theologe Jörg Zink war nach eigenem Bekunden „heilfroh“, dreimal ein glattes Nein über die Lippen gebracht zu haben, als ihn Freunde drängten, sich fürs Bischofsamt in der Evangelischen Kirche zu bewerben. „Da hätte es mir einfach an der nötigen Geduld und dem erforderlichen diplomatischen Geschick gefehlt“, erklärte er immer.

Schwul durch „negative Einflüsse“?

Kardinal Oscar Andres Rodriguez Maradiaga aus Honduras, Vorsitzender des Kardinalrats von Papst Franziskus, hat bei einer Diskussion mit Schülern in Münster die These vertreten, dass kein Mensch homosexuell geboren werde. "Jeder wird als Mann oder Frau geboren, um den anderen zu lieben – das ist Gottes Plan", so der Honduraner. Homosexualität entstehe erst durch negative Einflüsse in jungen Lebensjahren – durch sexuellen Missbrauch zum Beispiel, durch Vernachlässigung oder durch Pornografie, zitiert das Internet-Portal des Bistums Münster den Kardinal.

Bezüglich der Forderung nach einer baldigen „Priesterweihe für Frauen“ gab Maradiaga bei der Diskussionsrunde zu bedenken: "Wenn Gott gewollt hätte, dass Frauen Priesterinnen

werden, dann hätte er die Gottesmutter Maria, die heiligste aller Frauen, zur ersten Priesterin gemacht.